



KANTON AARGAU

DEPARTEMENT VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Kantonale Umsetzung der Transparenzregeln zur Politikfinanzierung; Gesetz über die politischen Rechte (GPR); Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 1. Oktober 2024 bis 15. Januar 2025.

Inhalt

Aufgrund einer überwiesenen Motion der FDP-Fraktion betreffend kantonale Umsetzung der Transparenzregeln zur Politikfinanzierung sollen im Kanton Aargau analog Bundesvorgaben Offenlegungspflichten geschaffen werden, welche die Politikfinanzierung transparenter machen soll. Die Transparenzregeln sollen weitgehend sinngemäss der auf Bundesebene verabschiedeten Transparenzvorschriften ausgestaltet werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Julia Schönenberger

Juristische Mitarbeiterin

Generalsekretariat, Rechtsdienst

062 835 22 64

julia.schoenenberger@ag.ch

Bitte beachten Sie: Diese Anhörung wird als eAnhörung durchgeführt. Ihre Stellungnahme reichen Sie bitte elektronisch über das "Smart Service Portal" (www.ag.ch) ein. Wenn dies aus zwingenden Gründen nicht möglich ist, stellen Sie Ihre Stellungnahme postalisch oder per E-Mail zu:

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Generalsekretariat

Frey Herosé-Strasse 12

5001 Aarau

E-Mail: dvi@ag.ch

Kontaktangaben im Rahmen der Stellungnahme

Bitte geben Sie an, in welcher Rolle Sie an dieser Anhörung teilnehmen:

- Privatperson
- Organisation

Bitte notieren Sie Ihre entsprechenden Kontaktangaben:

Name der Organisation*	
Vorname	
Nachname	
E-Mail	

* nur angeben, wenn Stellungnahme im Namen einer Organisation erfolgt)

Fragen zur Anhörung

Frage 1

Stimmen Sie der Einführung von kantonalen Transparenzregeln zur Politikfinanzierung zu?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 2

Stimmen Sie zu, dass bei der Offenlegung der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen der Schwellenwert je Kampagne analog zum Bund Fr. 50'000.– beträgt?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 3

Stimmen Sie zu, dass bei der Offenlegung der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen und der Finanzierung von Parteien und parteilosen Mitgliedern des Grossen Rats der Schwellenwert je Zuwendung analog zum Bund Fr. 15'000.– beträgt?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 4

Sind Sie einverstanden, dass alle Mandatsbeiträge, die eine politische Partei erhält, offengelegt werden müssen?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 5

Sind Sie einverstanden, dass bei Wahl- und Abstimmungskampagnen im Gegensatz zur Regelung auf Bundesebene lediglich die Schlussrechnung über die Einnahmen, nicht aber ein Budget über die geplanten Einnahmen offengelegt werden muss?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 6

Sind Sie einverstanden, dass die Offenlegungspflicht auch bei Wahl- und Abstimmungskampagnen auf Bezirks- und Kreisebene gilt?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 7

Sind Sie einverstanden, dass sämtliche Ständeratskandidatinnen und -kandidaten offenlegungspflichtig sind, unabhängig von einer anschliessenden Wahl?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 8

Sind Sie einverstanden, dass die Annahme anonymer Zuwendungen und Zuwendungen aus dem Ausland auch bei Kampagnen im Hinblick auf eine Wahl in den Ständerat verboten ist?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 9

Sind Sie einverstanden, dass eine geteilte Zuständigkeit zwischen Staatskanzlei und Finanzkontrolle für die Aufgaben im Zusammenhang mit den Transparenzregeln besteht?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Schlussbemerkungen:

[Text]